z.d.A.



Rat

Stadt Leverkusen Der Oberbürgermeister

Nr. 10 vom 19. Dezember 2019

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke, Ansprechpartnerin: Lisa Deutzmann, Tel. 406-8876.

Es wird gebeten, die in dieser Ausgabe als "nö" - nichtöffentlich - bezeichneten Informationen vertraulich zu behandeln. In diesem Zusammenhang wird auf die Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder, der bürgerschaftlichen Ausschussmitglieder und der Mitglieder der Bezirksvertretungen gemäß der §§ 43 Abs. 2 und 30 GO NRW hingewiesen.

Inhalt

Mitteilungen (ö)

Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Gruppen zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Leverkusen

341



z.d.A.: Rat Nr. 10 19. Dezember 2019

Mitteilungen (ö)

Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Gruppen zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Leverkusen

Nachfolgende Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Gruppen zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Leverkusen anlässlich der Ratssitzung am 16.12.2019 sind als Anlagen 1-9 dieser z.d.A.: Rat-Ausgabe beigefügt:

- 1. Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Rh. Stefan Hebbel
- 2. Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Rh. Peter Ippolito
- 3. Rede der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rf. Roswitha Arnold
- 4. Rede des Rh. Karl Schweiger für die Fraktion BÜRGERLISTE
- 5. Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Opladen Plus, Rh. Markus Pott
- 6. Rede des Vorsitzenden der Gruppe Aufbruch Leverkusen, Rh. Markus Beisicht
- 7. Rede der Vorsitzenden der Gruppe FDP, Rf. Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
- 8. Rede des Rh. Uwe Bastian für die Gruppe Soziale Gerechtigkeit
- 9. Rede des Rh. Keneth Dietrich für die Gruppe DIE LINKE.LEV

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Anlagen 1-9

CDU-Fraktion Leverkusen Stefan Hebbel Fraktionsvorsitzender Leverkusen, 16.12.2019

SPERRFRIST: 16.12.2019, Beginn TOP 8

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Stefan Hebbel, in der Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen vom 16.12.2019

"Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende", so hat der griechische Philosoph Demokrit es beschrieben. "Hochmut kommt vor dem Fall", so sagt es der Volksmund.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bin sehr froh, dass wir uns mit großer Mehrheit dazu entschieden haben, den mutigen, aber nicht übermütigen Schritt gemeinsam zu

gehen und die Gewerbesteuer in unserer Stadt auf 250 Punkte senken. Damit haben wir uns sicher außerhalb unserer Stadtgrenzen keine Freunde gemacht, ich weiß aber auch, dass die, die am lautesten über uns geschimpft haben, selbst über eine Senkung der Gewerbesteuer nachgedacht haben, aber einfach nicht schnell genug waren.

Gleichzeitig entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger, indem wir die Grundsteuer B von 790 auf zunächst 780 Punkte senken. Wenn die Voraussetzungen dafür im Haushalt 2021 vorliegen, werden wir uns

auch für eine weitere Senkung auf 750 Punkte stark machen. Und natürlich senken wir analog auch die Grundsteuer A auf unseren Antrag hin, denn auch die Landwirte müssen entlastet werden.

Unsere Verantwortung, und ganz zuvorderst ihre, Herr Oberbürgermeister, liegt darin, dafür zu sorgen, dass wir unseren Mut in den nächsten Monaten und Jahren nicht verlieren. Die Erwartungen derer, die uns scheitern sehen wollen, dürfen wir nicht erfüllen.

Und deshalb müssen wir über ein paar Sachen reden, die wir jetzt dringend auf unserer Prioritätenliste ganz oben einordnen müssen.

Zunächst einmal möchte ich mich aber beim Stadtkämmerer sowie den Mitarbeitenden der Kämmerei und der Fachbereiche herzlich bedanken. Der Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt war sicher noch einmal ein Stück anstrengender als letztes Jahr.

Ich bedanke mich auch dafür, dass die Politik in diesem Jahr möglichst früh alle wichtigen Informationen erhalten hat. Damit waren die Haushaltsplanberatungen "geschmeidiger" als im letzten Jahr. So können wir das gerne weiter machen.

Lassen Sie mich nun einige Dinge ansprechen, die mir und der CDU-Fraktion wichtig sind.

Von der Gewerbesteuersenkung erwarten wir, dass große Gewerbesteuerzahler vor Ort ihr Bekenntnis zu Leverkusen bekräftigen und ggf. ausbauen.

Und wir erwarten, dass neue Unternehmen den Weg zu uns finden.

Denen müssen wir was anbieten.

Wir können Purzelbäume schlagen, aber das wird keinen beeindrucken. Wir werden Flächen brauchen, die wir anbieten können.

Und wir werden keine Unternehmen für uns begeistern, wenn sie neun bis zwölf Monate auf erforderliche Genehmigungen warten müssen.

Deswegen haben wir einen Antrag gestellt, der den Aufbau einer "Fast Lane" für gewerbliche Interessenten sowie den Ankauf von Vorratsflächen durch die Verwaltung vorsieht. Diese Maßnahmen sind wichtig, damit wir weiterkommen.

Und wir brauchen die WFL, damit Unternehmen angeworben und für Leverkusen begeistert werden. Die WFL braucht aber auch uns, denn sie ist im Moment durch personelle Veränderungen geschwächt. Wir dürfen die Stabilisierung der Wirtschaftsförderung nicht länger hinaus zögern. Herr Oberbürgermeister, das müssen wir jetzt konzentriert angehen. Wir müssen umgehend klären, wie wir die WFL der Zukunft sehen und das umsetzen.

Die Flächenverfügbarkeit in unserer Stadt ist nach wie vor ein großes Problem. Wir werden sehr kreativ sein müssen, um ausreichend Fläche für Gewerbetreibende anbieten zu können, aber auch beim Wohnen fehlen sie.

Die Diskussionen rund um das Wohnungsbauprogramm 2030+ haben aufgezeigt, dass wir bei der Schaffung von neuem Wohnraum zwar im Städtevergleich gut aufgestellt sind, unsere Bemühungen aber bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarf an Wohnraum zu befriedigen. Das, was wir noch an bebaubarer Fläche in ha zur Verfügung haben, kann noch lange nicht bebaut werden. Auch wir haben bei einigen Flächen Kopfschmerzen. Schaut man in die Praxishilfe für die Klimawandelvorsorgestrategie der Region Köln-Bonn, dann erkennt man, dass die thermische Belastung in vielen Stadtteilen in Leverkusen schon sehr hoch ist. Damit also die Bürgerinnen und Bürger in Stadtteilen wie Wiesdorf im Sommer nicht noch mehr unter der Hitze stöhnen müssen, müssen wir uns wohl oder übel auch mit der Sicherung von Kaltluft-Leitbahnen und -Einzugsgebieten beschäftigen.

Das kann aber nicht heißen, dass wir jetzt gar nicht mehr bauen dürfen. Wir werden es nicht allen recht machen können. Entweder wird Missfallen entstehen, weil wir nicht bauen und damit dringend

benötigten Wohnraum verwehren, oder wir lösen bei denen Unmut aus, in deren Nähe wir neue Wohnbebauung freigeben.

Wenn es aber um einen Autobahnrastplatz in Leverkusen geht, dann sind wir uns einig. Da kann die DEGES noch 50000 Flyer in den Siedlungen verteilen und ihre Argumente vorbringen. Die wirklich sinnvolle Alternative in Köln-Niehl wird nicht geprüft. Gerade, aber nicht nur deswegen wehren wir uns mit allen legalen Mitteln gegen den Bau der Raststätte. Leverkusen kann nicht alle Verkehrsprobleme dieser Welt lösen.

Meine Damen und Herren, wenn wir, wie in Opladen, zur Erschließung neuer Flächen auch für Wohnraum eine Lärmschutzwand errichten damit ist lassen müssen. auch die Erhebung eines Erschließungsbeitrages verbunden. Uns war es wichtig, die entsprechend höheren Erlöse durch die verbesserte wirtschaftliche Verwertbarkeit der Grundstücke nicht noch mit der maximal möglichen Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner zu quittieren. Wir haben deshalb den von der Stadt zu tragenden Prozentsatz der Stadt um 10% auf 20% erhöht und die Anwohnerinnen und Anwohner gleichzeitig um 10% entlastet.

Wir haben hier in Leverkusen mit der Verwaltung eine Menge Strategien aufgestellt. Wir haben z. B. das Wohnungsbauprogramm 2030+ und das Leitbild Grün. Beides wichtige Programme. Das eine Programm wirbt dafür, möglichst viel zu bauen und zu versiegeln, während sich im Leitbild Grün im Ergebnis die Empfehlung findet, möglichst nicht mehr weiter zu versiegeln, eher zu entsiegeln.

Und das, Herr Oberbürgermeister, möchte ich mir gerne mal mit Ihnen und der Verwaltungsspitze genauer anschauen.

Wir müssen unsere ganzen Programme und Strategien mal nebeneinander stellen und schauen, wo es Zielkonflikte gibt und wie wir die minimieren oder zumindest miteinander vereinbar machen können. Wir brauchen einen Masterplan, keine Ansammlung von Programmen, die nur für sich stehen.

Ich habe eben mal kurz über das Klima gesprochen, und jetzt möchte ich auch kurz mit diesem Thema abschließen. Wir, die Parteien und Gruppen hier im Rat, überschlagen uns gerade mit Klimaanträgen. Ja, wir haben auch Anträge gestellt. Ich wollte bereits im Sommer – und so ist es auch für die Ratssitzung im Juli protokolliert – wissen, welche Maßnahmen wir schon treffen oder getroffen haben, damit wir mal einen Überblick erhalten.

Ich danke Frau Zimmer vom Dezernat 3, dass Sie meine Anfrage nun so ausführlich beantwortet hat.

Aus der Antwort lässt sich herauslesen, dass wir auf diesem Gebiet schon eine Menge tun.

Ich habe das schon auf dem letzten Kreisparteitag der CDU gesagt, aber es lohnt sich, es zweimal zu sagen.

Bereits seit 1995 ist unsere Stadt Mitglied im Klima-Bündnis e. V.

Das heißt, wir befassen uns schon länger mit der Planung von Klimaschutzmaßnahmen als die Thunbergs mit der Planung von Greta.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Das Engagement der Bewegung "Fridays for Future" hat aufgerüttelt und lässt und noch einmal intensiver über noch schneller umzusetzende Maßnahmen zum Klimaschutz nachdenken. Ich wehre mich aber mit Händen und Füßen gegen den Vorwurf, wir hätten nichts getan und würden unseren Kindern nichts hinterlassen.

Wir haben vor noch nicht allzu langer Zeit Stellen für den Bereich Klimakoordination und Klimaschutzmanagement geschaffen, wir haben das Leitbild Grün und erstellen ein Klimaanpassungskonzept.

Bereits in den Jahren 2008-2009 haben wir ein kommunales Klimaschutzkonzept erstellt.

Damit will ich es auch dabei belassen. Lassen Sie uns gemeinsam weiter überlegen, was wir für den Klimaschutz tun wollen, aber lassen Sie uns von übertriebenem und nicht durchdachten Aktionismus Abstand nehmen.

Lassen Sie uns vor allem das Mobilitätskonzept gemeinsam weiter fortentwickeln. Das neue Buslinienkonzept ist gestartet und wird überwiegend als Verbesserung bewertet. Ich sehe das auch so. Car-Sharing und Fahrradverleihsysteme laufen ebenfalls gut an. Bei den Radwegen haben wir noch Luft nach oben, aber auch das gehen wir gemeinsam an. Und ich bleibe dabei: Lassen Sie uns nicht das Auto verteufeln. Die Autos werden bleiben. Sie werden in Zukunft nur anders angetrieben.

Für die kommunale Sicherheit in Leverkusen sind wir einen großen Schritt nach vorne gegangen. Ich freue mich sehr, dass der von der CDU-Fraktion per Antrag geforderte kommunale Ordnungsdienst nun seine Arbeit aufnimmt und sich – ganz sicher auch im Rahmen von gemeinsamen Aktionen mit der Polizei – um die Sicherheit und Ordnung in Leverkusen kümmert.

Die Bereitstellung der nicht ganz unerheblichen finanziellen Mittel ist in diesem Haushalt geglückt und dafür bin ich sehr dankbar.

Der kriminalpräventive Rat hat sich ebenfalls konstituiert und bereits zweimal getagt sowie Arbeitsgruppen eingerichtet.

Das wichtige an einem solchen Gremium ist, dass die Akteure sich kennenlernen und wissen, was der andere tut. Wenn es dann akute und anhaltende Störungen der kommunalen Sicherheit und Ordnung gibt, dann muss man nicht erst schauen, mit welchen Akteuren man Kontakt aufnehmen muss. Ich erhoffe mir, dass wir dadurch schneller handlungsfähig sind und dass der kriminalpräventive Rat auch proaktive Empfehlungen zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit erarbeitet.

Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden wir weiter im Fokus behalten. Auch in diesem Jahr gibt es noch eine Vielzahl von Rechtsansprüchen, die die Verwaltung noch nicht erfüllen konnte. Die Bemühungen zur Verbesserung der Situation sind weiter richtig, die Probleme aber die gleichen. Bauen dauert, und das Personal wartet nicht auf uns. Der Markt ist leer. Ich bin froh, dass es weiter 20 Plätze für PIA, die praxisintegrierte Ausbildung gibt, davon acht Stellen, die voll vom Land gefördert werden. Das wird aber letztlich nicht ausreichen und das heißt leider auch, dass wir so schnell von den Überbelegungen in den Kitas nicht runterkommen.

Sollte der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Schulen kommen, wird das auch noch ein ganz großes Thema für uns, denn das würde erheblichen Investitionsbedarf auslösen. Es wird also nicht langweilig.

Betreuung an Schulen ist ohnehin ein wichtiges Thema. Deswegen haben wir die Schaffung von zwei zusätzlichen Sozialarbeiterstellen beantragt, denn sie haben den wichtigen Auftrag, Kinder in ihrer Persönlichkeit zu stärken. Der Bedarf ist insbesondere an den Grundschulen sehr hoch.

Und wir haben – gemeinsam mit den anderen Parteien – an den im letzten Jahr beschlossenen 135.000 Euro für die freien Träger angesetzt und eine prozentuale Erhöhung dieser Summe analog der Landesförderung beantragt. Das ist ein wichtiger Schritt, damit die Träger ihr Engagement in der offenen Kinder- und Jugendarbeit fortsetzen können.

Erlauben Sie mir einige Sätze zu unseren "Sorgenkindern", der City C und dem Schloss.

Es ist nicht nichts passiert in der City C. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages der LPG steht meines Wissens kurz vor dem Abschluss und die von uns geforderte Untersuchung zum Quartier läuft. Aber der Weg zu konkreten Lösungsansätzen ist unfassbar mühselig. Herr Oberbürgermeister, die City C bleibt Chefsache, das ist Ihre vielleicht größte Herausforderung in ihrer Amtszeit. Wir erwarten, dass Sie sich Ihrer Führungsverantwortung bewusst bleiben. Es wird nicht reichen, der Komplexität auszuweichen und die City C ausschließlich auf die Frage "Verwaltungsstandort – ja oder nein?" zu beschränken. Und keine Entscheidung ist leider auch eine Entscheidung.

Nun zum Schloss. Da haben wir uns wahrlich alle nicht mit Ruhm bekleckert. Die beschlossene Parkpalette wird wahrscheinlich nie kommen. Ebenso wenig der immer noch beschworene Zubau, denn für den müsste man ja auch in die Natur eingreifen. Die große Restaurantlösung ist durch die verkorkste Parkplatzfrage möglicherweise nicht mehr erreichbar. Vom von uns viel bejubelten Konzept des Museumsvereins ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Ich bin sehr gespannt, was jetzt mit dem Rest passiert. Wenn dann die Sichtbeziehungen im Schlosspark wieder hergestellt werden sollen, bin ich mal gespannt, ob einige von uns hier im Saal wieder einknicken werden, weil man dafür auch in die Natur eingreifen muss.

Im Ergebnis kann ich Ihnen mitteilen, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt für 2020 zustimmen wird.

Walter Scheel hat mal folgendes gesagt: "Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe eines Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen."

Ich finde, damit hat er Recht. Das ist für uns Politiker nicht der einfache Weg, aber wahrscheinlich ist er nachhaltiger und ehrlicher.

Wir als CDU-Fraktion werden uns in diesem Sinne im kommenden Jahr für bereits bekannte und neue Themen stark machen. In diesem Zusammenhang ist uns zum Beispiel die Sicherstellung der Nahversorgung in den Stadtteilen überaus wichtig. Und wir sind durchaus dafür, identitätsfördernde Aspekte in den Stadtteilen zu unterstützen. Ein "Wir-Gefühl" für Leverkusen, was wir dringend benötigen, kann nur aus starken Stadtteilen entstehen.

Und, liebe Vertreter von Opladen Plus – und das sage ich in aller Freundschaft - 'das schafft man nicht, wenn man mit einem Flyer auf Bürgerlistenniveau die Stadtteile gegeneinander ausspielt.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

das Jahr 2019 neigt sich langsam dem Ende. Für uns Politiker, die wir das Mandat oft neben dem Beruf ausüben, ist die steigende Anzahl der – oft auch kurzfristig eingebrachten und umfangreichen – Vorlagen und Anträge und damit auch der Tagesordnungspunkte eine größer werdende Belastung.

Um so wichtiger ist es, dass wir die Zeit nach der heutigen Sitzung nutzen, um inne zu halten und sich der Familie zu widmen, weil die sehr oft auf uns verzichten muss.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen jetzt schon ein friedliches Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Jahr 2020.

SPD-FRAKTION IN RAT DER STADT

LEVERKUSEN

Dhünnstraße 2b 51373 Leverkusen Telefon 0214 – 311 985 202 Telefax 0214 – 311 985 200 fraktion@levspd.de www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 16. Dezember 2019 if/F.7-131

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Ippolito vor dem Rat der Stadt Leverkusen am 16.12.2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sperrfrist: Ende der Rede im Rat

- 1 Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
- 2 meine Damen und Herren,
- 3 das Jahr neigt sich wieder dem Ende zu. Für viele Menschen bedeutet dies Garten und Haus zu
- 4 schmücken, Kekse zu backen und die Geschenke zu besorgen.
- 5 In der Kommunalpolitik und im Rat der Stadt ist gegen Ende des Jahres zusätzliches zu tun. Der
- 6 Haushalt muss beraten werden, Entscheidungen sind zu treffen und Weichen zu stellen.
- 7 Oftmals schreiben die Zeitungen in dieser Zeit auch von Geschenken, die die Parteien ihren Wäh-
- 8 lern schnüren. Im Jahr vor der Kommunalwahl gehe ich fest davon aus, diesen Satz noch das ein
- 9 oder andere Mal lesen zu dürfen.
- Doch "Geschenke ist hier der falsche Begriff. Bei einem Haushalt in dem 654,6 Mio. Euro Erträge
- einem Aufwand von 652,9 Mio. Euro gegenüberstehen kann man nicht von Geschenken sprechen,
- wenn drei Fraktionen sich auf ein paar politische Akzente einigen, die rund 1 Mio. Euro umfassen.
- 13 Letztlich steht weiterhin das Ziel der Haushaltskonsolidierung auf der gemeinsamen Agenda die-
- ses Rates. Das dritte Jahr in dem ein ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt wird ist gleich-
- zeitig das letzte Jahr, in dem wir auf Mittel des Landes NRW aus dem Stärkungspaktgesetz zurück-
- 16 greifen können. Ab 2021 müssen wir ohne zusätzliche Hilfe auskommen. Für die Erstellung des
- 17 Haushaltsentwurfs 2020 möchte ich Herrn Stadtdirektor Märtens, der Kämmerei und deren Mit-
- 18 arbeiterinnen und Mitarbeitern danken.
- 19 **Unser erklärtes Ziel:** Leverkusen muss sich wieder aus eigener Steuerkraft finanzieren können.
- Wir haben deswegen im Sommer mit 6 Fraktionen und Gruppen einen gemeinsamen Antrag auf
- den Weg gebracht die Gewerbesteuer drastisch zu senken. Wir stehen fest hinter dieser Entschei-
- dung, auch wenn sich die Bürgerliste schon wenige Tage später nicht mehr daran erinnern konnte,

SPD-FRAKTION I IM RAT DER STADT LEVERKUSEN

- dass sie ihn mitgetragen hatte. Aber als die Bürgerliste dem Antrag beitrat habe ich wirklich ge-
- dacht: "Finde den Fehler!". Danke Herr Schoofs, dass sie mein Weltbild wieder in Ordnung ge-
- 25 bracht haben.
- 26 Ich sag es hier ganz offen dieser Weg zur Senkung der Gewerbesteuer ist nicht der Königsweg,
- dennoch der einzige, den wir beschreiten können. Und er ist notwendig, denn wir wollen nicht
- 28 nur auf immer weiter sinkende Gewerbesteuereinnahmen reagieren.
- 29 Die SPD wird agieren. Wir werden den Entwicklungen in unserer Nachbarschaft nicht weiter un-
- tätig zusehen. Wir treten proaktiv in Erscheinung, um die Attraktivität des Standortes Leverkusen
- 31 auf Dauer sicherzustellen.
- 32 Wir stellen uns dem Wettbewerb mit dem Umland. Durch die Attraktivierung des Standortes er-
- 33 warten wir die Ansiedelung von neuen und die Rückkehr von alten Unternehmen. Außerdem geht
- es natürlich darum, hier ansässige Unternehmen in der unserer Stadt zu halten.
- 35 Es geht um die langfristige (Über)Lebensfähigkeit unserer Stadt. Die Sicherung einer wettbe-
- 36 werbsfähigen Unternehmensstruktur und die zukunftsgerichtete Entwicklung der Unterneh-
- 37 menslandschaft in Leverkusen. Dieses ist gut und richtig für uns, für Leverkusen und seine Bür-
- 38 gerinnen und Bürger.
- 39 Gerade die Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre Steuern viel zur Haushaltskonsolidierung
- 40 beigetragen. Einen ersten Schritt wollen wir auch hier tun. So sinkt die Grundsteuer B um 10 He-
- besatzpunkte. Gleichzeitig haben wir im Sommer die Festlegung getroffen, dass die zukünftigen
- 42 Mehreinnahmen der Gewerbesteuer, jeweils im Folgejahr, zu einer weiteren Senkung der Grund-
- steuer führen werden. Die Einschnitte haben wir alle getragen, so müssen wir auch alle von den
- 44 Ergebnissen profitieren.
- 45 Jeder Haushaltsentwurf, der vom Kämmerer erstellt und vom Oberbürgermeister eingebracht
- 46 wird, stellt einen Kompromiss dar. Gleichzeitig besteht die Herausforderung die Haushaltsgeneh-
- 47 migung durch die Bezirksregierung zu bekommen.
- 48 Im Großen und Ganzen ist dieser Kompromiss auch gelungen.
- Wir wollen Akzente setzen und lokale Antworten auf die brennenden Fragen der Zeit geben.
- 50 "Gemeinsam Leben in Manfort" ist zu unserer Herzensangelegenheit geworden. Das Quartiersma-
- 51 nagement ist zu einem festen Bestandteil im Stadtteil geworden. Bis zur Umsetzung des integrier-
- ten Handlungskonzeptes werden wir die Förderung mit jährlich 100.000 Euro fortsetzen.
- 53 Die Schulsozialarbeit ist eine wichtige Stütze im Schulalltag. Alltägliche Probleme, Bildung- und
- Teilhabepaket und vielfältige Aufgabenstellungen werden von den Schulsozialarbeitern erledigt.
- Wir wollen ihre Anzahl daher um zwei Stellen erhöhen.
- Die freien Träger leisten gute Arbeit für diese Stadt. Die Nach der Steigerung des Personal- und
- 57 Betriebskostenzuschusses im letzten Jahr ist es nun gelungen eine dauerhafte Dynamisierung ein-
- zuführen. Eine Unterfinanzierung wie in den letzten Jahren wird damit der Vergangenheit ange-
- 59 hören.

SPD-FRAKTION I IM RAT DER STADT LEVERKUSEN

- Die großen Entscheidungen zur Rettung des Klimas werden sicherlich nicht in Leverkusen getrof-
- 61 fen. Doch auch schon die kleinen Veränderungen in unserem Alltag können viel bewegen. Mehr
- 62 ÖPNV, weniger Fahrten mit dem Auto und regionale und saisonale Lebensmittel können viel ver-
- 63 ändern.
- Die SPD aber auch die anderen Fraktionen hier im Rat hatten die letzten zwei Jahre viele gute
- 65 Ideen. Mehr Stadtgrün durch City-Trees, Busspuren, Ausbau von Fahrradwegen und Fassadenbe-
- grünungen sind da nur ein kleiner Ausschnitt. Im kommenden Jahr wollen wir 50.000 extra für
- die Umsetzung bereitstellen.
- Neben der Planung weiterer Radwege wollen wir vor allem die Pflege der bestehenden Radwege
- 69 verbessern. Denn wenn wir Alternativen zum PKW-Verkehr in unserer Stadt schaffen wollen,
- dann müssen Radwege im Leverkusener Stadtgebiet attraktiver gestaltet und so deren alltägliche
- 71 Nutzung verbessert werden. Dazu soll das Budget im Bereich Stadtgrün/Radwegpflege um
- 72 200.000 Euro erhöht werden.
- 73 Zur Umsetzung dieses Angebotes setzen wir auf die Erfahrungen des bereits laufenden Modell-
- 74 projektes vom Fachbereich Stadtgrün und der JOB Service Beschäftigungsförderung Leverkusen
- 75 gGmbH (JSL). Im Rahmen einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme sind hier ehemals
- 76 langzeitarbeitslose Menschen unter Fachanleitung mit einem Elektrolastenfahrrad mobil auf ei-
- 77 ner ausgewählten Leverkusener Radtrasse unterwegs. Sie schneiden in die Wege hängende Äste
- van der van de
- entlang des Weges und dessen Umfeld wird aufgesammelt und fachgerecht entsorgt. Zudem wer-
- den Beschilderungen auf Beschädigungen und Verschmutzungen kontrolliert.
- Die einzusetzenden Elektrolastenfahrräder und Werkzeuge werden geräuscharm per Akku be-
- 82 trieben. Damit wird in dieser Maßnahme auf die Nutzung fossiler Brennstoffe verzichtet. Alle in
- der Maßnahme eingesetzten, zuvor langzeitarbeitslosen Personen erhalten einen sozialversiche-
- rungspflichtigen Arbeitsvertrag über die JSL. Hier versöhnen wir Ökonomie und Sozialpolitik.
- Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr stärken, egal ob Bus oder Bahn. Wir wollen
- 86 mehr Räder auf der Straße, ob mit Muskelkraft oder elektrisch unterstützt. Dafür brauchen wir
- 87 Rahmenbedingungen. Die schaffen wir derzeit. Eine Busspur hier, ein neues Fahrradparkhaus
- dort im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes.
- Die rund 652,9 Mio. Euro Ausgaben im Haushalt umfassen neben diesen Akzenten noch viele wei-
- 90 tere Punkte die Einfluss auf das Leben der Menschen in unserer Stadt haben. Für die SPD ist dabei
- 91 klar: Sie sind wichtig für die Menschen in unserer Stadt.
- 92 Mit 84,6 Mio. Euro investieren wir wieder viel Geld in unsere Infrastruktur. Egal ob Kita, Schulge-
- bäude oder Radweg. In unserer Stadt wird damit wieder viel bewegt.
- 94 Die Bauprojekte der letzten Jahre haben gezeigt, dass die boomende Baubranche, Personalmangel
- 95 und Planungsrisiken immer größere Gefahren bergen. Steigende Baukosten, länger dauernde
- 96 Baustellen sind da nur die offensichtlichsten Auswirkungen von. Die Investitionen und auch die

SPD-FRAKTION I IM RAT DER STADT LEVERKUSEN

97 98	damit teilweise verbundenen Einschränkungen sind aber notwendig. Letztlich werden wir davon profitieren.
99 100 101 102 103	Schon in den letzten Jahren habe ich auf die Herausforderungen im Personalbereich der städtischen Verwaltungen hingewiesen. Die Konkurrenz um fähiges Personal hat weiter zugenommen. Die Arbeitsbelastung des vorhandenen Personals auch. Der eingeschlagene Weg, Strukturen zu entwickeln, die uns flexibler machen, die Leistung honorieren und gutes Personal binden ist daher richtig.
104 105 106	Nur wenn das Gesamtkonzept stimmt können wir attraktiv sein, um zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden und bestehende zu halten, um die vielen Aufgaben der Stadt Leverkusen motiviert und mit Engagement zu erledigen.
107 108	Ich möchte deshalb an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und ihrer Tochterunternehmen ganz herzlich für ihre Arbeit danken.
109 110 111	Schließen möchte ich damit, dass der eingebrachte Haushalt 2020, die damit einhergehende Gewerbesteuersenkung, sowie der gemeinsam von der CDU-Fraktion, der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD eingebrachte Antrag unsere Zustimmung erhalten.
112 113 114	Und sollte die Sitzung heute doch länger dauern, gestatten Sie mir schon diesen abschließenden Satz. Ich wünsche Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, sowie den Leverkusenerinnen und Leverkusener, schon jetzt ein besinnliches Weihnachtsfest im Kreise ihrer Liebsten.
115	

1258 Wörter / 2,16 Wörter pro Sekunde = 582 Sekunden = ca. 9,7 Minuten Redezeit

116

Roswitha Arnold Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Märtens, liebe Kolleginnen und Kollegen,

"eigentlich" sollten wir ja erst im übernächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt ohne die Mittel des Stärkungspaktes erreichen.

Nun wird bereits 2020 das Jahr sein, in dem wir "auf eigenen Füßen" stehen müssen.

Ich erinnere noch einmal an das Jahr 2013, als aufgrund der prekären Haushaltssituation der Sparkommissar bereits vor der Tür stand und der Stadt Leverkusen drohte, sich von der kommunalen Selbstverwaltung verabschieden zu müssen.

Wir Grüne waren es, die 2013 die Initiative ergriffen und mit dem damaligen Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn das Heft des Handelns in die Hand genommen haben und gemeinsam mit CDU, FDP und Freien Wählern einen Haushaltssanierungsplan aufgestellt haben und dem Stärkungspakt NRW beigetreten sind.

Wir GRÜNE waren immer davon überzeugt, dass es der richtige Weg war, auch wenn wir alle wussten, dass damit auch unpopuläre Entscheidungen verbunden sein würden.

Als im Sommer der Prüfauftrag zur Halbierung des Gewerbesteuer-Hebesatzes beschlossen wurde, hatten wir GRÜNE allerdings Zweifel, ob wir uns nicht ein Haushaltsloch einhandeln, das unsere jahrelangen Anstrengungen sinnlos machen würde.

Im Falle der Stärkungspaktkommunen gewährleistet die Gewerbesteuer hier in unserer Stadt fast ausschließlich den Haushaltsausgleich; mehr ist nicht drin.

Dabei gehört die Gewerbesteuer neben der Grundsteuer zu den wenigen Einnahmen, die von der Kommune selbst erhoben werden können, um damit Infrastruktur vorhalten und erhalten sowie Daseinsvorsorge für die Einwohner*innen sichern zu können.

Mit der derzeitigen Struktur der Gewerbesteuer bescheren uns Landesund Bundespolitik ein erhebliches Problem; mit einer teils aggressiven Anwerbepolitik bekommt derjenige das größte Stück vom Kuchen, der auf die Steuereinnahmen gar nicht angewiesen ist - die Ansiedlung von Unternehmen gerät zum Kannibalismus.

Wir in Leverkusen haben seit Jahren die schlechten Karten: Wenn Unternehmen ihre Gewinne vor Ort mit Verlusten an anderer Stelle verrechnen können, gerät eine belastbare Kalkulation an Gewerbesteuer-Einnahmen zum Vabanque-Spiel.

Wurde z.B. für unsere Stadt in der Vergangenheit nach der ersten Steuerschätzung eine Einnahme von einer dreistelligen Millionen-Höhe etatisiert, musste nach Berichtigungen zum Abschluss des Haushaltes ein Einnahme-Minus von bis zu 60 Millionen Euro hingenommen werden. Wie will man ein solches Ergebnis im Laufe eines Jahres kompensieren? Notwendige Investitionen bleiben da zwangsläufig auf der Strecke.

Da ist es tatsächlich so etwas wie "Notwehr", wie Herr Lauterbach gesagt hat, wenn die Stadt Leverkusen gleiche Chancen einfordert! Wir GRÜNE gehen den vorgeschlagenen Weg mit und werden dem Haushalt zustimmen.

Es müssen sich alle darüber im Klaren sein, dass für ein Gelingen unseres Vorhabens noch erhebliche Anstrengungen notwendig sind: Die zusätzlichen Steuereinnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung sind nur kalkuliert; auf dem Konto müssen sie noch eingehen.

Wir müssen die Wirtschaftsförderung auf einen zukunftssicheren und nachhaltigen Weg bringen, damit die Neuansiedlung von Unternehmen und gesicherte Einnahmen nicht nur Hoffnung bleiben. Vor allem müssen wir in solche Vorhaben investieren, die klimagerecht, sozial und qualitativ hochwertig sind und die Stadt finanziell auf sichere Füße stellt.

Bausteine hierzu sind das Mobilitätskonzept, eine grüne Stadtentwicklung mit der Schaffung von Wohnraum und eine neue Verkehrspolitik. Mit unserem Antrag, den ÖPNV zu stärken sowie einige Radwege bereits im kommenden Jahr zu ertüchtigen, wollen wir einen Umstieg vom Auto erleichtern und mit einem Einstiegsbetrag die Umsetzung des "Leitbildes Grün" vorantreiben.

Der Stadtrat hat den Klimanotstand in unserer Stadt ausgerufen. Um die Anforderungen einer klimagerechten Stadt zu erfüllen, sind noch viele kleine und große Schritte vonnöten.

Lassen Sie uns gemeinsam nicht den Klimaschutz, sondern den Klimawandel bekämpfen:

Öffentlicher Raum, in dem bisher noch das Auto erste Priorität hat, muss den Menschen zu einer besseren und gesünderen Nutzung zurückgegeben werden, Dach-, Fassaden- und Quartiersgrün zu einer spürbaren Klimaverbesserung führen, Plätze als Treffpunkte und nahe Grünzonen zu mehr Wohn- und Aufenthaltsqualität beitragen, kurze Wege die Versorgung mit dem täglichen Bedarf zu Fuß oder mit dem Fahrrad ermöglichen.

Wir müssen handeln, Zögern macht beim Klimaschutz nur alles noch schwieriger!

Leverkusen wächst – und ist einem immensen Druck aus den Nachbarkommunen ausgesetzt, weil vor der eigenen Haustüre die Mietpreise explodieren.

Das Wohnungsbauprogramm 2030+ geht von einem Haushaltszuwachs von 7-12 Prozent aus; dies entspricht einem zusätzlichen Flächenbedarf von rd. 175 ha.

Den Preis, den wir hierfür zahlen sollen, ist ein erheblicher Eingriff in Außenbereiche und Freiflächen. Wir Grüne haben uns alle zur Bebauung vorgeschlagenen Flächen angesehen und müssen konstatieren: So geht es nicht!

Wir können nicht einerseits Anstrengungen auf eine klimagerechtere Stadt richten und noch bevor wir die ersten Schritte umgesetzt haben, diese zugunsten eines völligen Zubauens ad absurdum führen.

Zitat Paul Hebbel: Die einen Bürger werden uns loben, wenn wir das Bauen in ihrer Nachbarschaft verhindern. Andere werden uns dafür hassen, dass sie keine preiswerte Wohnung finden.

Aus diesem Dilemma kommen wir nur raus, wenn wir dem Wohnungsbauprogramm 2030+ weitere Ziel- und Maßnahmenpläne an die Seite stellen, die den Klimaschutz von Anfang an mitdenken:

- einen Masterplan "Qualität", der mehr Wohnraum mit dem Klima und Grün in Einklang bringt
- einen Masterplan zur Sicherung der Außenbereiche
- einen Masterplan "Infrastruktur" mit einem integrierten Verkehrsund Mobilitätskonzept.

Das ist unsere vordringlichste Aufgabe für das kommende Jahrzehnt.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel geschafft, die nbs:o ist ein ausgezeichnetes Beispiel, weitere sind das INHK in Hitdorf, das auf den Weg gebracht ist.

Es ist ja geradezu in Mode gekommen, jede Baukostenerhöhung zu einem Versagen der Verantwortlichen zu stilisieren, auch wenn dies in Teilen fake news sind.

Der Busbahnhof in Wiesdorf steht kurz vor der Eröffnung, und ich finde ihn sehr gelungen!

Eine Reihe von Baustellen liegt noch vor uns:

Die Entwicklung des Postgeländes und die City C mit dem Umfeld in Wiesdorf stehen genauso auf der Agenda des neuen Rates wie die Sicherung und Weiterentwicklung von Schloss Morsbroich.

Ich werde hier nicht die unendliche wie unsägliche Geschichte mit den Parkplätzen wiederholen –

sondern Sie ermuntern, gemeinsam für unser Juwel einzustehen und stolz darauf zu sein!

Aktuell sind wir aktiv, den Park des Schlosses neu zu planen und hieraus einen attraktiven und anregenden Treffpunkt für die Menschen zu machen.

Ich hoffe sehr, dass wir es noch vor dem Ende dieser Wahlperiode schaffen, aus der bestehenden Hängepartie zu kommen, die Museumsleitung zu besetzen und das Museum in eine zukunftsträchtige Struktur zu überführen!

Eine Stadt lebt von dem Engagement ihrer Einwohner*innen und von der Identifikation mit den Stadtteilen.

Deshalb freut es mich ganz besonders, dass wir gemeinsam die Projektmittel für Veranstaltungen in den Stadtteilen erhöhen können.

Wir wissen, dass es sich bei den von mir genannten Punkten lediglich um die ersten Schritte handelt, tatsächlich braucht es mehr, unsere Stadt umzubauen.

Mit unserem gemeinsamen Antrag mit CDU und SPD gehen wir unter der Restriktion begrenzter Haushaltsmittel aber in die richtige Richtung. Den Fraktionsvorsitzenden Stefan Hebbel und Peter Ippolito danke ich für das mir persönlich und unserer Fraktion entgegengebrachte Vertrauen und für gute Beratungen.

Ein ebenso herzlicher Dank gilt Herrn Molitor vom Büro des Rates, den Mitarbeiter*innen der Verwaltung für die stets freundliche und hilfreiche Unterstützung.

Dass wir nun am Ende die Herausforderungen einer Haushaltssanierung nahezu bestanden haben, haben wir von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister Richrath, Herrn Stadtkämmerer Märtens, Ihnen, Frau Beigeordnete Deppe den Herren Beigeordneten Adomat und Lünenbach zu verdanken.

Ihnen allen wünsche ich schöne Weihnachten und ein erfolgreiches Jahr 2020.

FRAKTION BÜRGERLISTE LEVERKUSEN Kölner Straße 34 • 51379 Leverkusen Tel. 0214-2027792 • Fax: 0214-2027793 fraktion.buergerliste@versanet-online.de www.buergerliste.de



Haushaltsrede 2020

Ich möchte meiner Haushaltsrede einige grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken.

Man könnte das Gefühl haben, dass die Politik in Leverkusen gegen die Bürgerinnen und Bürger sowie die BÜRGERLISTE gemacht wird.

Wenn sich z.B. in Hitdorf weit über die Hälfte der Wahlberechtigten für den Bau der Umgehungsstraße aussprechen, der Rat aber in seiner Mehrheit dies ablehnt, nur weil das Ganze von der BÜRGERLISTE initiiert worden ist.

Oder, wie jüngst in Rheindorf unterstellt, die BÜRGERLISTE hätte den Vorschlag eines einzelnen CDU-Ratsherren zur Umgestaltung des Rheindorfer Platzes hintertrieben.

Dabei wurde ein guter Kompromissvorschlag von der Rheindorfer Werbegemeinschaft in einem Gespräch mit Oberbürgermeister Richrath gefunden und zwar auf der Basis einer Unterschriftenaktion der Werbegemeinschaft, die über 2000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben

haben.

Dieser Kompromissvorschlag wurde aber von CDU und SPD abgelehnt, nur weil dieser einzelne CDU-Ratsherr trotzig nach der Devise vorging :
"Wenn ihr nicht macht, was ich will, passiert eben gar nichts."

Ein gutes Beispiel, wie man angesehene und ehrenamtlich arbeitende Bürger vergrault, zeigen auch die Planungen zu unserem Museum. Alle Vorschläge, die hier von den Bürgern unterbreitet wurden, sind so lange diskutiert worden, bis diese Bürger entnervt das Handtuch geschmissen haben. Nun steht man fassungslos vor einem Scherbenhaufen.

Die Arroganz gegenüber der Leverkusener Bevölkerung gipfelt in der Ablehnung des langen Tunnels für die A1, für den immerhin – laut Polizei! – über 5000 Demonstranten auf die Straße gegangen waren sowie knapp 150.000 Bürgerinnen und Bürger eine Petition unterschrieben haben.

Unsere und der Bürgerinitiativen von "LEV muss eben!" – Argumente wurden hier zudem durch unsachliche "Lüge . . . Lüge" – Zwischenrufe eines Fraktionsvorsitzenden im Rat unserer Stadt unterbrochen, ohne dass die Sitzungsleitung hier eingriff.

Auch unser Oberbürgermeister war schlecht beraten, als er im Zuge

seiner Kampagne gegen den langen A1-Tunnel der Bürgerinnen und Bürger, eine Studie zur Befahrbarkeit seines kurzen Tunnels – Tunnel statt Stelze – mit Gefahrgut für 110.000 Euro in Auftrag gab.

Er hätte nur nach Düsseldorf auf die A46 fahren müssen und hätte das gewünschte Ergebnis gehabt.

Man hätte als Rat der Stadt Leverkusen in das Geschichtsbuch der Stadt eingehen können, hätten die Parteien an einem Strang gezogen und den langen Tunnel für die Gesundheit unserer Bürger gefordert. Stattdessen fordert die Mehrheit des Rates mit dem kurzen Tunnel – Tunnel statt Stelze – die für die Gesundheit unserer Bevölkerung denkbar schlechteste Lösung: keine Reduzierung des Feinstaubes und keine Lärmminderung. Dafür aber kommt dann eine jahrelange Großbaustelle mitten in unserer Stadt.

Unserem und dem Wunsch des Großteiles unserer Bevölkerung nach einem langen Tunnel mit Filteranlage stehen persönliche Animositäten und Ignoranz im Wege.

Frei nach dem Spruch: "Guter Antrag, falsche Partei."

Aber auch in der Bauverwaltung häufen sich die Mängel und Pannen.

Da wird z.B. ein Wettbewerb für das Postgelände ausgelobt, für das es

nur den Bewerber für den Bau eines Hotels gibt. Dabei war der Bau eines Hotels für den Bereich zur Sanierung der City C vorgesehen. Damit wird ein wichtiger Baustein aus den vorliegenden Plänen zur Vermarktung der City C herausgebrochen.

Ein Projekt, das vom Rat mit höchsten Priorität versehen wurde und zu dem eine allseits hochgelobte Planung der Herren Häusler und Geiger vorliegt.

Die Stichworte Busbahnhof Wiesdorf, Großturnhalle Deichtorstraße, etc. sollen deutlich machen, dass die City C nur ein Punkt von Pannen darstellt, die die Bauverwaltung zu verantworten hat.

Nun aber zum eigentlichen Haushalt:

Wir können den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Gewerbesteuer drastisch zu senken, nicht zustimmen.

Durch die erst am Freitag, den 13.12. per Mail - lange nach Dienstschluss - zugegangenen wesentlichen Unterlagen - also deutlich außerhalb einer dreitägigen Mindestfrist - zu dieser Gewerbesteuerabsenkung und den hier aufgezeigten wesentlichen Änderungen im Bereiche der Festlegung der Grundsteuern sowie der Veränderungslisten, beantragt unsere Fraktion auch hier nochmals eine Vertagung der Beschlussfassungen zum

Haushalt, da sich hier für uns noch eine Reihe von Fragen ergeben.

So legen wir u.a. großen Wert darauf, eine schriftliche Genehmigung der Regierungspräsidentin zu der drastischen Gewerbesteuersenkung vorgelegt zu erhalten. Zu dem gesamten Genehmigungsvorgang beantragt unsere Fraktion hiermit auch nochmals Akteneinsicht.

Aber auch dem bisherigen Haushaltsplanentwurf würden wir nicht zustimmen, da uns keinerlei Belege vorgelegt wurden, die die Darlegungen der Stadtverwaltung auch nur andeutungsweise bestätigen, dass die durch die drastische Absenkung der Gewerbesteuer entstehenden Mindereinnahmen ausgeglichen werden können.

Zumal die betroffenen Nachbargemeinden jederzeit ebenfalls ihre Gewerbesteuersätze absenken könnten. Selbst Monheim wäre nach Gesetz in der Lage noch 50 weitere Punkte abzusenken.

Zudem aber ist eine generelle allgemeine und deutliche Senkung der Gewerbesteuer in den Gemeinden schon deshalb nicht im Sinne der Allgemeinheit, weil damit allein die Shareholder Nutznießer wären, während der Öffentlichen Hand Milliarden/Millionen Gelder für Kitas, Schulen, Straßen, Krankenhäuser, etc. verloren gingen.

Das Grundgesetz garantiert den Kommunen eine unabhängige und auskömmliche Kommunale Selbstverwaltung. Diese ist aber unter den geltenden gesetzlichen Regelungen nicht mehr zu gewährleisten.

Deshalb sollte unsere Stadt hier ansetzen und auf der Basis des Grundgesetzes gerichtlich von Bund/Land eine auskömmliche finanzielle Versorgung erstreiten.

So wie dies unsere Fraktion bereits umfänglich auf der Basis von Gutachten der Gemeindeverbände dargelegt hat.

Der jetzige Weg über eine drastische Gewerbesteuersenkung ist weder nachhaltig noch sinnvoll, da allein die Bürgerinnen und Bürger die Zeche bezahlen und die Öffentliche Hand insgesamt so ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen könnte.

Rat 16. 12. 2019, Redebeitrag zur Haushaltsdebatte, Markus Pott es gilt das gesprochene Wort,

Sperrfrist 16. 12. 2019, Ende der Haushaltsdebatte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Am Donnerstag, den 27.6.2019 um 10.30 bekamen wir einen Anruf aus der CDU-Fraktionsgeschäftstelle mit der Frage, ob wir eine Initiative zur Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes mittragen wollen. Viel Zeit zum Nachdenken war nicht, um 12 Uhr sollte der Antrag durch die Tür sein.

Wir haben uns ganz kurz abgesprochen und ein klares Ja übermittelt.

Dazu stehen wir noch heute, überzeugter denn je:

Man kann sich nicht immer die Butter von der Stulle nehmen lassen, ohne dagegen irgendeine Initiative zu ergreifen. All das Mahnen und Bitten an Bund und Land an dem verrückten Wesen der Gewerbesteuer einmal etwas zu ändern sind bisher erfolglos geblieben.

So bleibt kaum etwas anderes übrig, als die Regeln zu nutzen und die Flucht nach vorne zu wagen. Und selbst wenn es nur dazu dienen würde, das Gewerbesteuersystem ad absurdum zu führen.

Die Bitte an den Stadtkämmerer zu eruieren, ob eine Gewerbesteuersenkung von den Gewerbesteuerzahlern gebührend honoriert werden würde, stammt noch aus der Zeit des bürgerlichen Ratsbündnis. Damals gab es keine große Resonanz. Heute scheint das anders zu sein. Wir finden es klasse, dass Sie, Herr Stadtkämmerer Märtens, das Thema weiter im Auge behalten haben. Sie stehen nicht für finanzpolitische Kamikazefliegerei und Übermut, wir vertrauen Ihnen. Herr Märtens, Hut ab, dass Sie den Mut haben und sich die Mühe machen, diesen Weg zu gehen. Das Leben wäre für Sie ohne leichter.

Neben dem Befreiungsversuch aus dem Gewerbesteuerdilemma tut sich auch anderswo viel Gutes in der Stadt. Die Bahnstadt ist so ein Abo auf positive Entwicklungen, InHK Wiesdorf und Hitdorf usw.

Aber vieles geht auch viel zu langsam. Hier machen wir vor allem Ihnen, Herr Oberbürgermeister Richrath, den Vorwurf zu wenig zu koordinieren. Als Kaufmann wird mir stets schwindelig, wenn ich an den schleppenden Fortgang in der City C denke. Jährlich rauschen hier mittlerweile für den Stillstand zwei Mal die Betriebskosten der Auermühle durch. Doch noch ist nichts Greifbares dafür in Sicht. Hohe Investitionssummen in

Problemteileigentumsflächen sind geflossen, aber die Stadtentwicklung ist noch keinen Millimeter weiter gekommen. Die Sache ist brandheiß und voller Risiken, Sie hätten diese niemals so lange unterbetreut lassen dürfen wie in Ihren ersten drei Amtsjahren. Die guten Ansätze von Geiger-Häusler sind welk geworden, die ganze Mühe, der ganze Aufwand stehen als Ruine da.

Die Neuaufstellung des Museums Morsbroich ist kompliziert, eine Lösung nicht wirklich in Sicht, wir vermissen Ihre steuernde bzw. vermittelnde Rolle.

Über die jüngsten Änderungen der Parkraumbewirtschaftung gibt es nun aus allen Ecken Beschwerden. Als Einzelhändler müssten Sie eigentlich um die Bedeutung von Parkraum wissen, verfügbar und bezahlbar muss er sein. Zumindest sollte man nicht schlechter aufgestellt sein als der Mitbewerber. Das Thema ist vielschichtig, Parkschein oder Parkscheibe, hohe oder nicht so hohe Gebühren, Parkzeitenbefristung oder nicht und daneben das große Themenfeld Anwohnerparken. Unüberschaubar viele Aspekte haben Sie in eine einzige Vorlage gepackt. Eine differenzierte Diskussion war so schwer möglich, schon gar nicht für alle Stadtteile gleichzeitig.

Dabei sind die Stadtteile verschieden. Die Stadt definiert ja auch seit Jahren keine drei Zentren mehr, sondern ein Hauptzentrum in Wiesdorf und zwei Nebenzentren in Schlebusch und im Norden. So haben wir nun ein heilloses Durcheinander mit vielen Fehlentwicklungen, Anwohnerärger in Schlebusch und gähnende Leere in der Ruhlach. Reichlich genervte Bürger und ein benachteiligter Einzelhandel. Mag sein, dass sich manch einer hier diese Hexenjagd auf Autofahrer wünscht. Wir sehen jedoch in jedem Auto auch einen Menschen sitzen.

Frage: Was hat die Bierböse mit der Schallschutzwand gemeinsam? Hier wurde dem Bürger etwas eingeschenkt!

Gerade hatten Sie, Herr Oberbürgermeister, dem Bürger auf der Schusterinsel das erste Bier offeriert, da präsentieren Sie 450 Immobilieneigentümern eine überraschende Rechnung zur Bahnstadt!

Rechtens mag das sein, aber glücklich ist das nicht. Eine böse Überraschung verstellt nun für viele den Blick für das Gute. Das hätte gerade ein SPD-Oberbürgermeister, dessen Partei sich dafür stark macht

Straßensanierungsbeiträge für Anlieger aufzuheben nicht passieren dürfen. Hier hätte eine rechtzeitige Information den Boden für Verständnis bei den Zahlungspflichtigen geebnet. Den meisten Immobilieneigentümern wäre dieser Beitrag es Wert gewesen für das tolle Feuerwerk Bahnstadt. Hier hätten Sie als OB eine aktivere, bessere Rolle spielen müssen.

Dem Wohnungsbau räumen Sie, Herr Oberbürgermeister, nach eigenen Angaben eine hohe Priorität ein.

Jedoch von Ihnen ist nichts wirklich Bahnbrechendes in die Wege geleitet worden. Die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft, deren Aufsichtsrat Sie bereits seit zehn Jahren vorsitzen, wirkt gegenüber dem GBO wie eine lahme Ente. Der deutlich kleinere GBO baut erheblich mehr neue Immobilien als die WGL, die im Bereich der Bahnstadt nicht einmal eine einzige Wohnung gebaut hat. Herr Oberbürgermeister, Ihr Ziel war es, in Ihrer Amtszeit 1000 Wohnungen zu bauen. Dafür brauchen Sie sich nicht zu rühmen, die kommen von allein; so viel wurden in den Vorjahren im Schnitt bereits gebaut und da gab es die vielen Neubauflächen der Bahnstadt noch nicht einmal.

Ein anders Thema. Nur Kurzsichtige geben noch den letzten Rest aus bevor das Jahr begonnen hat. Im ersten Entwurf der Kämmerei kam rechnerisch ein Überschuss von 1,5 Millionen Euro heraus, also blieben gerade noch 0,25% übrig. Kein Grund neue Wünsche anzumelden. Vieles musste bei der Haushaltsaufstellung zurückgestellt werden. Aber CDU, SPD und Grüne fordern ad hoc neue Ausgabenfelder, die alle sinnvoll s ein mögen, aber andere von den Töpfen fernhalten. Man will Akzente setzen, aber was ist mir den Schultoiletten, die auf eine Sanierung warten, den vielen in die Jahre gekommenen Parkflächen. Und Brunnen, für die das Wassergeld fehlt?

Bei vielen Dingen fehlt der Plan; es geschieht dort was, wo sich gerade etwas auftut. So an der unteren Hauptstraße. Hier wurden Verwaltungsgebäude gekauft, aber gleichzeitig auch an die City C als Standort gedacht. Ein Konzept zur Unterbringung der Verwaltung gab es bisher nicht. Unser Antrag, nun einmal eins zu machen, wird nur wenig gern angenommen. Ist das noch gut oder kann das weg? Diese Frage scheint sich die Stadt beim Verwaltungsstandort Frankenberg zu stellen. Für diesen gibt es aber mehr Ratio als auf den ersten Blick zu sein scheint. Unglaublich preiswert, selbst die Sanierung der Miselohestraße kostet nur die Hälfte des Ankaufs an der unteren Hauptstraße, einen so großen Verwaltungscluster wie dort oberhalb der Wupper bekommt man anderswo im städtischen Immobilienbestand nicht hin, und es gibt dort eine Adresse mit Geschichte und baulicher Schönheit. Das haben wir sonst nirgendwo und es ist für eine Stadt mit junger Geschichte und wenig schönen, repräsentativen Gebäuden ein ganz besonderes Juwel und sollte geschätzt werden.

Zurück zum Haushalt. Den Haushalt 2020 macht der Wille aus, sich gegen das Gewerbesteuerdilemma aufzubäumen. Und der Mut zur Gewerbesteuersenkung. Wir tragen diesen Schritt mit und stimmen daher dem Haushalt zu!

Wir sagen entschieden Nein zum weiteren Abzocken der Bürger!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath, sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder gibt es eine Etatdebatte und danach eine Haushaltsverabschiedung, zumeist in der letzten Ratssitzung des Jahres.

Und wieder einmal ist keine Wende zum Positiven zu erkennen. Statt dessen legt die Verwaltung einen Haushaltsentwurf sowie die mit ihm verbundene mittelfristige Finanzplanung vor, die nicht auf seriösen Prognosen und Fakten, sondern allenfalls auf der Hoffnung beruht, dass die geplante Gewerbesteuersenkung zu erheblichen Mehreinnahmen für die Stadt führt.

Im Vorfeld des Kommunalwahlkampfes 2020 suggerieren die Mehrheitsfraktionen und ihre Anhängsel, dass die Bürger erstmalig seit langer Zeit durch eine Gewerbesteuersenkung sowie eine rein kosmetische Grundsteuersenkung entlastet werden.

Es soll bekanntlich der Gewerbesteuerhebesatz nunmehr auf 250 Punkte gesenkt werden. Der Kämmerer behauptet, dass dies zu weitaus höheren Steuereinnahmen führen wird. Der Kämmerer war aber zuletzt im Finanzausschuss nicht in der Lage darstellen, aufgrund welcher Fakten er zu der Annahme kommt, dass die Gewerbesteuersenkung zu den prognostizierten Mehreinnahmen führt.

Die Ratsmitglieder sollen also heute ohne die Kenntnis von belastbaren Fakten die Wunschvorstellungen des Kämmerers und dessen nicht nachvollziehbaren Prognosen einfach abnicken. Das mag für die Ratsmitglieder der Altparteien zutreffen, für uns sicher nicht!

Es wird Sie daher sicherlich nicht überraschen, dass die Ratsgruppe "Aufbruch Leverkusen" den vorgelegten Haushalt ablehnen wird.

Dieser Haushaltsentwurf entlastet nicht die Bürger, sondern schreibt eine viel zu hohe Steuer- und Abgabelast unserer Bürger fort. Eine große Koalition aus CDU, SPD, FDP und Grüne betrachtet offensichtlich die Leverkusener Bürger als auspressbare Melkkühe für eine verfehlte Politik.

SPD, FDP, CDU und auch die Grünen sehen in dieser Stadt drastische Abgabeerhöhungen neben der Gewerbesteuersenkung als das alleinige und alternativlose Allheilmittel zur angestrebten Haushaltskonsolidierung an.

So stellt dieser Haushaltsentwurf erneut eine verpasste Chance dar!

Gerade in Jahren der Hochkonjunktur müsste mit entschlossenem, echtem Sparen ein Konzept zur nachhaltigen Etatkonsolidierung umgesetzt werden. Diese Chance wurde wieder einmal verspielt. Nun schreiben die Altparteien den Hebesatz für die Grundsteuer B auf üppige 750 Punkte fest. In kaum einer anderen Stadt in NRW werden die Bürger so bei der Grundsteuer belastet!

Die Grundsteuer betrifft alle Grundstückseigentümer direkt! Mieter müssen diese Steuer über ihre Nebenkosten bezahlen. So werden die Bürger nicht entlastet, sondern sie müssen dank des überproportional hohen Grundsteuersatzes weiter bluten. Die Stadt nimmt den Bürgern das Geld weg, welches sich die Bürgerinnen und Bürger in Leverkusen hart erarbeitet und von dem der Staat eigentlich so wenig wie möglich einfordern sollte. Befremdlich ist auch, dass auch die vermeintlich liberale FDP einen solchen inakzeptablen Hebesatz der Grundsteuer mitträgt.

Die Altparteien lassen halt die Bürger bluten und drehen immer dreister an der Gebühren- und Abgabenschraube: Parkgebühren, Grundsteuer A und B, Gebühren für den Besuch städtischer Einrichtungen, städtische Dienstleistungen, Müllgebühren, Hundesteuer. Selbst bei den Friedhofsgebühren hat Leverkusen die meisten Städte und Gemeinden bei Weitem überholt.

Alles hat sich exorbitant zu Lasten unserer Bürger verteuert. Bei der Gebührenlast ist mittlerweile eine Größe erreicht worden, die der Leverkusener Steuerzahler kaum mehr stemmen kann.

Auch in der aktuellen Haushaltsdebatte hier im Leverkusener Stadtrat wehrt sich fast niemand außer dem "Aufbruch Leverkusen" gegen das Abzocken unserer Bürger für eine verfehlte Politik.

Es soll im Übrigen noch einmal daran erinnert werden, dass die Altparteien in den letzten Jahren selbst die Hundesteuer in der Stadt drastisch angehoben haben. So müssen Hundebesitzer bei einem Hund 156 Euro statt 132 Euro zahlen. Bei zwei Hunden in einem Haushalt beträgt der Hundesteuersatz 264 Euro je Hund. So werden selbst die Leverkusener Hundehalter mit einem unsittlichen Extra-Beitrag für die verfehlte Politik der Altparteien zur Kasse gebeten.

Und auch die Autofahrer sollen weiter dreist zur Kasse gebeten werden. Unser Oberbürgermeister Richrath will bekanntlich die Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet drastisch ausweiten und möchte nächstes Jahr 5 stationäre Anlagen des Modells Graffi-Tower der Firma Jenoptik und eine semi-stationäre Anlage in Form eines unauffälligen containerartigen Anhängers, der mehrfach am Tag den Standort wechseln kann, anschaffen. Daneben werden zwei Messfahrzeuge der Marke VW-Caddy an 6 Tagen in der Woche an wechselnden Standorten in Leverkusen eingesetzt.

Es geht Oberbürgermeister Richrath und auch der Verwaltung hierbei keineswegs um die Verkehrssicherheit oder um das Vermeiden von Verkehrsunfällen, sondern ausschließlich um neue Einnahmequellen im klammen Haushalt.

Unser Oberbürgermeister träumt allein von 100.000 Euro steuerliche Mehreinnahmen durch die neuen Blitzer. Die Stadtverwaltung agiert mutlos und verpasst eine Chance nach der anderen.

Die verhängnisvolle Politik des Abzockens der Bürger muss endlich gestoppt werden. Statt die Bürger weiter abzukassieren, sollte die Stadtverwaltung lieber unnütze Dezernentenposten einsparen und auch die üppige Alimentierung der Ratsfraktionen auf ein Mindestmaß begrenzen. Genauso wäre es notwendig die Verwaltung dort zu verschlanken, wo Bürokratie unübersichtlich und teils widersprüchlich geworden ist.

Nur wenn die Aufgaben vereinfacht, ausgedünnt, auf Online-Services umgestellt werden, können Mitarbeiter für andere Tätigkeiten eingesetzt werden und Stellen entfallen, die durch Fluktuation frei werden.

Man könnte auch in den Fachbereichen Umwelt, Straßenverkehr und in der Bauverwaltung, Aufgaben hinterfragen lassen mit dem Ziel zu Personalkosteneinsparungen zu gelangen. Daneben brauchen wir in Leverkusen eine Willkommenskultur für unternehmerisch Aktive. Diesen müssen ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden und die Genehmigungsverfahren müssen besser koordiniert und insbesondere beschleunigt werden.

Wie wir alle wissen ist in Leverkusen bezahlbarer Wohnraum Mangelware. In den nächsten Jahren wird sich diese Situation massiv verschärfen. In Leverkusen bilden die Einkommenssteuerpflichtigen mit einem Jahresgesamteinkommen von unter 15.000 die größte Einkommensklasse. 50 % der Steuerpflichtigen in Leverkusen erzielen ein Jahreseinkommen von unter 25.000 Euro. Damit gehören Sie zu den unteren Einkommensklassen. Diese Menschen profitieren kaum von dem derzeitigen Bauboom in Leverkusen, der größtenteils auf Besserverdiener zugeschnitten ist.

Auch führt das von der politischen Klasse in Leverkusen favorisierte Leverkusener Modell zu einer weiteren Wohnraumverknappung. So hat die Stadt in Asyl-Luxusunterkünfte an der Sandstraße in Opladen weit über 20 Millionen investiert, obwohl solche Gelder dringend im sozialen Wohnungsbau benötigt werden.

Es läuft vieles falsch in unserer Stadt, aber es gibt sehr wohl Alternativen zu ihrer Politik des Abzockens der Bürger in Leverkusen. Man braucht die Bürger nicht ständig mit Steuern- und Abgabeerhöhungen zu quälen. Ihre Politik lässt Leverkusen mit hoher Wahrscheinlichkeit seine selbständige Handlungsfähigkeit verlieren. Nun haben Sie noch die Posse mit der fragwürdigen Gewerbesteuersenkung zu verantworten.

Durch den diesjährigen Haushalt schröpfen die verbrauchten Altparteien weiter unsere Bürgerinnen und Bürger, den Handel und Mittelstand, mit stetig steigenden Steuern und Gebühren. Der "Aufbruch Leverkusen" macht hierbei nicht mit!

Wir können keineswegs einem nicht soliden aufgesetzten Haushalt zustimmen, mit dem unsere Bürger nach wie vor ausgenommen werden.

Wir sagen daher ganz klar Nein zu ihrem Abzocke-Haushalt!

Im Übrigen arbeiten die verbrauchten Mehrheitsfraktionen konsequent am weiteren Niedergang unserer Stadt. Ob der umstrittene Moschee-Neubau in Manfort, die Asyl-Luxusunterkünfte in der Sandstraße in Opladen, das unfähige Agieren gegen die Clan-Kriminalität, das sogenannte Leverkusener Modell, den Mangel an Sozialwohnungen oder die zunehmende Bürgerabzocke. Die Altparteien sind mit ihrer Kommunalpolitik in Leverkusen komplett gescheitert. Deshalb ist eine Oppositionsgruppe wie der "Aufbruch Leverkusen" heute wichtiger denn je!

Wir machen Front gegen ihre verfehlte Kommunalpolitik.

Wir kritisieren, dass sie die Bürger in wichtigen Entscheidungen erst gar nicht miteinbeziehen. Die Leverkusener Bürger dürfen lediglich die Steuergelder erwirtschaften, mit denen ihre verfehlte Politik letztendlich finanziert wird. Auch aus diesem Grund sagt unsere Ratsgruppe Nein zu ihrem Haushalt!

Markus Beisicht "Aufbruch Leverkusen"



Haushaltsrede zur Etat-Debatte 2020

FDP-Ratsgruppe Leverkusen

16. Dezember 2019

Es gilt das gesprochene Wort!

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens, Ratsgruppensprecherin

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse!

Dieser heute zu beschließende Haushalt ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Haushaltssanierung. Oberbürgermeister und Kämmerer haben es bei der Einbringung des Haushaltes anschaulich dargestellt. Die schwarze Null ist − zumindest in der Vorlage − geschafft, aber der Haushaltsentwurf steht auf tönernen Füßen! Da darf bei nur noch 1.3 Mio € Überschuss nichts schiefgehen.

Die Haushaltssanierung der vergangenen Jahre ist nicht unerheblich von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gestemmt worden, indem der Rat ihnen immer wieder steigende Steuerlasten bei Gewerbesteuer und Grundsteuer auferlegt hat. Erfreut hat uns deshalb, dass mit Ratsbeschluss von Juli der Leverkusener Bürgerschaft durch die Senkung dieser beiden Steuersätze etwas zurückgegeben werden kann. Da waren wir gern dabei, denn dies war eine langjährige Forderung der FDP. Und Dank an die Verwaltung, dass Sie diesen Ratsbeschluss im Haushaltsentwurf so konsequent und verlässlich umgesetzt haben. Nun fällt die Senkung der Grundsteuer aufgrund der Zustimmungsbedingungen der Landesregierung in 2020 nicht so hoch aus wie geplant – aber in 2021 wird das nachgeholt und das wird hier heute – hoffentlich - auch so beschlos sen. Und ich appelliere an die "Negativklapperer" in diesem Haus, mal in sich zu gehen und den Weg der vernünftigen Konsolidierung mit der Mehrheit zu gehen. Insgesamt macht dieser Haushalt für 2020 fortfolgende die Stadt Leverkusen unabhängig vom Stärkungspakttropf, und das ist die gute Nachricht.

Aber es sind auch einige Unwägbarkeiten im Haushaltsentwurf.

Insbesondere geht man in der Finanzverwaltung davon aus, dass sich die Leverkusener Verkehrsteilnehmer sowie die durchreisenden A1-Rheinbrückenquerer auch in 2020 verkehrswidrig verhalten und deshalb deutlich mehr Bußgelder in die Kassen der Stadt gespült werden als bisher. Das ist unglaubwürdig und auch unlauter und hat sich in der Vergangenheit so auch nicht er geben, trotzdem sollen Bußgelder hier 1 Mio € einbringen. Auf der Rheinbrücke kann man höchstens "nachts um 3" mit überhöhter Geschwindigkeit den Rhein queren, weil ansonsten der Dauerstau den Verkehrsfluss automatisch auf unter 60 km/h reduziert. Hier in der Stadt sollte die Verkehrsüberwachung sich mehr auf die Nachtzeiten konzentrieren, weil bisher bekannt ist, dass zu der Zeit nicht mehr gemessen wird. Da kommt

vielleicht nicht so viel Geld rein, wie am frühen Abend vor einer verwaisten Schule, aber es würde der Sicherheit dienen. Für die Parkraumbewirtschaftung oder besser für die Abschaffung derselben in den Teilzentren Schlebusch und Opladen haben wir ja gleich eigene Anträge vorliegen. Das waren Fehlentscheidungen, die durch den Druck der Bevölkerung nun glücklicherweise zurückgenommen werden sollen. Auch hier werden dann kalkulierte Einnahmen fehlen.

Und nun liegt uns hier noch ein gemeinsamer Antrag der drei Fraktionen SPD, CDU und Grüne vor, in dem sie sich gegenseitig teure Geschenke auf Kosten der Steuerzahler machen. Damit sinkt der HH-Überschuss fast auf Null. Zusätzliche 1.1 Mio €, um u.a. Kunden des Jobservice Radwege und Grünanlagen pflegen zu lassen, zusätzliche Maßnahmen für Leitbild Grün und für den ÖPNV, zusätzliche Mittel für den Radwegeausbau im Wunschkonzert und vieles mehr. Ein Skandal, der das fehlende Sparbewußtsein dieser 3 Parteien mehr als verdeutlicht, auch wenn viele der Maßnahmen durchaus wünschenswert wären.

Eine große Ankündigung ist ja leider in 2019 nicht Realität geworden. Die GPA beteiligt sich seit einem Jahr an einer Überprüfung von Verwaltungsabl äufen und Resourceneinsatz. Alles was bisher dabei herausgekommen ist, ist eine Einsparung bei der städtischen Flotte um ca. 30.000 €. Da MUSS im Jahre 2020 mehr kommen. Es ist überfällig, Reformen in der Verwaltung durchzuführen, um Arbeitsabläufe endlich zu entschlacken, bürokratischen Ballast abzuwerfen. Wenn wir als Stadt hier nicht erfolgreich sind, wird Personalmangel an vielen Stellen wie ein Bumerang zurückschlagen. Wir können schon heute freiwerdende Stellen kaum besetzen und haben nicht genügend Nachwuchs in der Ausbildung. Die Verwaltung muss moderner, sprich digitaler werden, damit sich junge Menschen für eine Tätigkeit in der Verwaltung interessieren. Nur Herr Oberbürgermeister, hier geht der Prozess viel zu langsam, hier müssen Sie im Interesse Leverkusens endlich Gas geben. Nur mit einem schleunigen Reformprozess mit Beratung durch die GPA bekommen wir Personalmangel und rasant steigende Personalkosten unter Kontrolle und werden ein attraktiver Arbeitgeber. Und noch wichtiger: Wir müssen als Stadt endlich wieder BÜRGERFREUNDLICH werden. Ermöglichen statt verhindern. Einfach statt zeitraubend kompliziert! Wir müssen Wartezeiten deutlich reduzieren, dadurch die Mitarbeiter entstressen und die nicht-digitalen Mitbürger erfreuen, weil sie weniger Konkurrenz in der Warteschlange hätten. Eventuell könnte sogar auf den eingesetzten Sicherheitsdienst verzichtet werden, der ja auch hohe Kosten verursacht. An dieser Aufgabe ist kein Fortschritt zu erkennen.

Insgesamt fehlt für die Bürgerinnen und Bürger hier in Leverkusen der Wohlfühleffekt.

Wie soll Leverkusen junge Familien, berufstätige Steuerzahler und Häuslebauer, Unternehmen in dieser Stadt halten, für sie attraktiv sein, wenn wir nur ihr Geld verlangen, aber Angebote für Lebensqualität nicht weiterentwickeln? Da läuft gerade viel falsch. Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger mit Strafen belegen, wenn sie ihren Müll nicht komplett in den Tonnen verstauen, aber gleichzeitig verweigern Sie, die AVEA sonnabends zu öffnen. Der Effekt wird sein, dass noch mehr Müll illegal entsorgt wird. Die Stadt ist jetzt schon schmutziger denn je.

Ein großer Wurf zur zeitgemäßen Ausstattung der Schulen steht weiterhin aus. KiTas brauchen an die Lebenswelt der Eltern angepasste Öffnungszeiten. Wo sind attraktive Angebote für Kinder oberhalb des Spielplatzalters? Bolzplätze – sehr rar. Andere Freizeitangebote? Überschaubar. Schon bei der Idee, eine Discothek in Opladen anzusiedeln, zucken alle zusammen, sehr bedauerlich.

Sie wollen mehr Grün in der Stadt, ja sogar die zugegebenermaßen hässlichen Steingärten verbieten, aber gleic hzeitig fällt dem Oberbürgermeister zur Bekämpfung von Vermüllung und Rattenplage nur ein, am Bahnhof jede Grünfläche zu planieren.

Bei der City C kommt endlich – viel zu spät – Bewegung in den Prozess. Wir haben da durch Untätigkeit schon viel Geld verloren. Eine Gesellschaft, die nun endlich den Entwicklungsprozess vorantreiben soll, hat konstatiert, dass hier in der Vergangenheit bis 2014 hervorragende Arbeit geleistet worden ist. Aber Sie, Herr Oberbürgermeister, haben uns vermittelt, alle Vorschläge aus der frühen Projektgruppe seien unrealistisch, nur weil Sie Ihren Verwaltungsstandort um jeden Preis realisieren wollen. Schade! Die City C könnte ein Standort für Leben in der Stadt und Büros werden, für die vielen Menschen, die gern Zentral wohnen oder arbeiten. Und hier muss endlich geliefert werden.

Das gilt genauso für das Schloss Morsbroich, unser Beschluss vom Jan uar 2018 wird von Ihnen und der Verwaltung verschleppt. Am Schloss könnte ein Zentrum für Lebensqualität mit Kunst, Kultur, Kulinarik und Natur im Einklang entstehen, wenn denn endlich mal was passieren würde. Aber bisher ist nicht einmal mutig das Projekt "künftige Rechtsform" angegangen worden. Wer soll als Gastronom ohne Rechtssicherheit das dortige Restaurant übernehmen? Dort ist nun seit einem Jahr keine Gastronomie mehr, was sich auch auf die Besucherzahlen im Schloss auswirkt. Wer möchte dort Museumsdirektor werden? Das alles kostet Steuergeld und Image!

Wir brauchen eine Charmeoffensive für mehr Grün in Gärten und an Straßenrändern, aber keine Verbote, und schon gar keine Baumschutzsatzung, wie von den Grünen heute hier schon wieder gefordert. Es ist ein Unding, dass Fußwege wie an der Dhünn in Schlebusch mit hohem Finanzaufwand gesperrt werden, statt hier unkomplizierte Lösungen zu suchen. Wir lehnen diese Verbots politik aufs Schärfste ab! Sie reduziert die Lebensqualität der Mitbürger.

Und wir brauchen eine Charmeoffensive für die örtliche Wirtschaft. Gewerbesteuersätze sind die eine Seite. Aber eine ansiedlungsfreundliche Verwaltung, die Lösungen zusammen mit Unternehmen sucht, fehlt ebenfalls. Einen wichtigen Gewerbesteuerzahler und Arbeitsgeber mit mehr als 100 Arbeitsplätze n, die Firma Edelmann, hat die mangelnde Kooperation nun in eine andere Gemeinde vertrieben. Um bei Senkung der Gewerbesteuer die Einnahmen trotzdem zu steigern, darf so etwas nicht noch einmal passieren. Und beim Gewerbegebiet in Hitdorf, dem ehemaligen Rossmann-Gelände, müssen Sie lösungsorientiert agieren. Mal hindern Gefahrstoffe eine Entwicklung des Gebietes, dann wieder eine Frischluftschneise. Wenn es letzteres ist, dann hätte dies von Anfang an dem In vestor gegenüber klar kommuniziert werden müssen und er hätte schon vor 2 Jahren verstanden, dass er dort nicht bauen darf. Aber Klarheit fehlt.

Und nun zur Mobilitätswende. Sie ist nötig, aber nicht mit der Brechstange und gegen jedwede Lebenswirklichkeit. Sie wollen Menschen auf Fahrrad und ÖPNV zwingen, sehen aber nicht, dass für viele – aus unterschiedlichsten Gründen – zumindest ein Teil der Wegstrecken mit dem KFZ bewältigt werden muss. So fehlt immer noch der Wille zu mehr P&R-Plätzen. Sonst wären Parkpaletten an der Stauffenbergstraße, an der S-Bahn in Rheindorf, am Bahnhof Schlebusch sowie an der Endhaltstelle 4 in Schlebusch längst gebaut. Sie wollen die Menschen gängeln, das Auto verdrängen. Wenn ich jetzt hier im Haus jeden bitten würde, aufzustehen, wenn er oder sie heute mit dem ÖPNV oder mit dem Fahrrad zur Ratssitzung erschienen ist, befürchte ich, dass viele – wenn sie ehrlich sind – sitzen blieben. Das ist extrem bedauerlich. Weil in diesem Haus in diesem Zusammenhang Wasser gepredigt und Wei n getrunken wird.

Herr Oberbürgermeister, der heute hier zu beschließende Haushalt ist der letzte vor der Kommunalwahl 2020. Bei allem, was wir heute beschließen, sollten wir genau darauf schauen, welches Erbe an Folgebelastungen wir dem neuen Rat ab November 2020 hinterlassen, also ver antwortungsvoll entscheiden. Der vorliegende Haushaltsplan kann dafür geeignet sein. Und in diesem Sinne stimmen ihm die Freien Demokraten zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Gruppe Soziale Gerechtigkeit | Pfeilshofstraße 29 | 51377 Leverkusen

Pfeilshofstraße 29 51377 Leverkusen

ratsgruppesg@gmx.de

Ratsherr Dietmar Schaller

Ratsherr Uwe Bastian

Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtkämmerer und Stadtdirektor Märtens, meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank Herr Stadtkämmerer, an Sie und ihre Mitarbeiter für Ihr geleistetes Engagement und für die umfangreiche Erstellung des neuen Haushaltsentwurfes 2020. Grundsätzlich kann man diesem Haushaltsentwurf und der weiteren Fortsetzung des Haushaltssanierungsplans zustimmen.

Ein Quantensprung wird vollzogen, die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 250 Punkte, ein gewagter, aber auch notwendiger Schritt, um Unternehmen langfristig an unsere Stadt zu binden. Außerdem wird der Standort Leverkusen wieder interessanter für die Neuansiedelung und auch für die Rückkehr von Unternehmen.

Wir unterstützen deshalb dieses Vorhaben, weil wir wollen, dass unsere Stadt zukünftig zu insgesamt höheren Steuereinnahmen kommen kann, um die finanzielle Konsolidierung des städtischen Haushalts weiter fortzuführen und wieder mehr Geld auch für soziale Projekte ausgeben zu können. Besonders die Unternehmen, welche in der Vergangenheit z.B. über ihre internationalen Konzernstrukturen nicht den Gesamtgewinn hier versteuert haben, sind jetzt gefordert, ihren dringend benötigten Steuerbeitrag für eine Entschuldung der Stadt und ein sozial ausgewogenes Leverkusen zu leisten.

Erst in den nächsten Jahren wird man bilanzieren können, ob sich aus dem gewagten Schritt der Gewerbesteuersenkung, wie z.B. in Monheim, nachhaltig dauerhaft höhere Gewerbesteuereinnahmen in Leverkusen ergeben haben. Falls jedoch hierbei die erhofften Einnahmen ausbleiben, muss die ganze Sache zukünftig wieder neu bewertet werden.

Den möglichen Steuersenkungswettbewerb der Kommunen sehen wir kritisch, allerdings muss auch beachtet werden, dass bei niedrigeren Steuersätzen eine Versteuerung von Gewinnen an Standorten in Deutschland dann wieder wahrscheinlicher wird, die bisher an ausländischen Standorten versteuert worden sind. Auch die Senkung der Grundsteuer B ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um Mieter zu entlasten.

Man darf jedoch nicht übersehen, dass die Stadt immer noch 550 Millionen Euro, wenn auch teilweise langfristige Verbindlichkeiten hat.

Besonders wichtig werden auch staufreie Verkehrsanbindungen für Unternehmen sein. Hier stellen die Großbaustelle A1 und in Zukunft auch die der A3 ein großes Hindernis dar, weshalb es um so wichtiger ist, die Vorstellungen der Stadt zu den Bauplänen, wenn diese in die nächste Phase gehen, mit zu berücksichtigen. Auch die Senkung der Grundsteuer B ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um Mieter zu entlasten.

Einige bauliche Veränderungen und Neubauten werden in kurzer Zeit unsere Stadt positiv beeinflussen. Der Busbahnhof Wiesdorf, der leider wesentlich teuer wird als geplant, und die neue Feuerwache sind die zwei bemerkenswertesten Bauten, welche bald fertiggestellt in Betrieb genommen werden können. Auch die neue Bahnstadt Opladen macht weiterhin sichtlich gute Fortschritte.

Das notwendige Umdenken vieler Bürger für ein neues Umweltbewusstsein und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Nutzung des ÖPNV machen die Entscheidung für den Umbau des Busbahnhofes um vieles leichter. Hier müssen jetzt natürlich auch die bestehenden Verkehrsverbindungen immer wieder überprüft und evtl. neu bewertet werden, ob z.B. die bisherigen Fahrpläne noch kundenfreundlicher angepasst werden können. Durch die neuen Schnellbusverbindungen ist da bereits etwas Gutes umgesetzt worden.

Beim Blick in andere Großstädte in NRW ist festzustellen, dass dort der infrastrukturelle Zustand im Vergleich zu Leverkusen oftmals schlechter ist. Dies liegt auch an der positiven Entwicklung in unserer Stadt. Wer unsere Stadtentwicklung, wie oft hier gehört, nur negativ darstellt, unterliegt einem Trugschluss. Es kann festgestellt werden, dass im Rahmen der finanziellen Mittel viele gute Projekte auf den Weg gebracht werden konnten.

Aber vordergründiges Ziel muss auch sein, die immer noch zu hohen Emissionswerte zu senken. Dies gilt für Dieselfahrzeuge der älteren Generation und auch Ölheizungen. Hier sollte die Verwaltung als Vorbild tätig sein und veraltete Fahrzeuge aus dem Fuhrpark entfernen und überprüfen, welche städtischen Objekte noch mit Heizöl betrieben werden. Hier sollte man dann schnellstmöglich handeln. Zudem muss dringend ein beschleunigter Ausbau von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge erfolgen. Wir können hier selbst vieles tun, um die bedenklichen Stickoxid-Werte zu verbessern, zumal unsere Stadt doch sehr unter dem starken Durchfahrtsverkehr der Autobahnen A1 und A3 und B8 leidet. Deshalb sollte die Stadt sich nicht in Zurückhaltung üben und ebenfalls, wie in vielen Städten bereits geschehen, einen Betreiber suchen und E-Roller zur Verfügung stellen. In unserer Nachbarstadt Köln ist das bereits seit einigen Monaten umgesetzt worden und auch die befürchtete Unfallzunahme ist überschaubar geblieben. Auch Elektrobusse sind in vielen anderen Städten im Einsatz. Hier ist weiterer Handlungsbedarf notwendig.

Die Entwicklungen in Leverkusen weiter zu verbessern, auch für die nächste Legislaturperiode, und dem Bürger klare Ziele und Umsetzungen zu vermitteln, um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen, ist eine wichtige Aufgabe, insbesondere für den Oberbürgermeister und die Parteien im Rat der Stadt.

Dabei ist zu bedenken, dass die allgemeine Unzufriedenheit vieler Bürger wächst, wie die letzten Wahlergebnisse in anderen Bundesländern wieder ganz besonders zeigen. Auch im direkten Dialog mit Bürgern ist Unmut zu spüren. Es besteht die Gefahr, dass Demokratie in Gefahr gerät, wenn die handelnden Personen keine zufriedestellenden Lösungen haben. Wenn soziale Kälte weiter zunimmt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis dann auch in unserer Stadt der soziale Friede noch stärker aus den Angeln gehoben werden könnte. Gerade in Leverkusen, deren höchste Ausgaben mit rund 240 Millionen Euro für soziale Transfers betragen, würde solch eine Entwicklung Ausmaße annehmen, deren Tragweite man sich besser nicht vorstellen möchte.

Dies sind die wichtigen Punkte für eine erfolgreiche Stadtentwicklung, und nicht, ob es ein paar Parkplätze mehr oder weniger beim Schloss Morsbroich geben wird.

Das Jahr 2020 wird in allen finanziellen Bereichen wieder ein schwieriges Jahr. Mögen die veranschlagten Planungen so umgesetzt werden können und die Gesamt-Investitionen von knapp 87 Millionen Euro ihre nötige Wirkung zeigen. Hierzu wünschen wir Ihnen Herr Stadtkämmerer Märtens viel Erfolg und das nötige Geschick.

Wie bereits am Anfang der Haushaltsrede erwähnt, werden wir die Gruppe Soziale Gerechtigkeit dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 und dem Haushaltssanierungsplan zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Gruppe Soziale Gerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sehr geehrte Damen und Herren

Das entscheidende Thema ist dieses Jahr die Gewerbesteuersenkung und damit verbunden die kommunale Selbstverwaltung.

Die Halbierung der Gewerbesteuer ist nicht "Normal"

Aber anscheinend keine Idee der Parteien, sondern ein Vorschlag der Industrie. Dafür Verzichtet man sogar auf >3 Mio aus dem Stärkungspakt.

Hat doch erst die Steuerflucht stadtbekannter Großkonzerne, Leverkusen in diese Situation geführt. Wenn diese sich nun aussuchen darf wie viel Steuern diese Zahlen, und der Rat dem zustimmt, untergraben wir unsere eigene Freiheit zur Selbstverwaltung.

Leverkusen hat viel mehr Potential,

Firmen die sich nur ihren Shareholder und die mitunter wenigen verbliebenen Arbeiter*inenn verpflichtet fühlen, sorgen nicht für gut belebte Innenstädte.

In einen Unterbietungswettbewerb bei der Gewerbesteuer einzusteigen können wir uns nicht leisten. So eine Entscheidung wird Leverkusen und Nachbarkommunen über Jahre belasten.

Das die Bezirksregierung unter der Voraussetzung zustimmt, das Leverkusen 2020 keine Stärkungspakt-Mittel mehr beanspruchen, halten wir für ein zu großes Risiko, und befürchten zu hohe Einsparungen auf kosten der Bürer*Innen

Die Halbierung der Gewerbesteuer ist im hohen Maße unsolidarisch gegenüber den Nachbarkommunen,

deshalb können wir dem diesjährigen Haushaltsplan nicht zustimmen.

Eine schwere aber nötige Entscheidung

Gibt es doch so viele andere und durchaus relevante Aspekte:

Zum Beispiel die bessere Ausrüstung von Schulen, denn Bildung & Teilhabe sind essenziell wichtig. Gut wenn Leverkusen es selbst in die Hand nimmt und Schulbibliotheken mit mehr Personal ausstattet. Grundlegend ist Leverkusen gut aufgestellt aber die Infrastruktur muss ausgebaut werden. Zu verbessern wäre die Barrierefreiheit, insbesondere bei Grundschulen.

Aber auch an die Digitalisierung muss gedacht geben neue Medien sind inzwischen überall im Alltag angekommen.

Denn der Paritätische warnt, das das Bildungs und Teilhabegesetz nicht ausreicht und starke Familiengesetz der GroKo leider auch nur ein Trostpflaster ist. Es besteht akuter Handlungsbedarf, nur 13 % der Leistungen kommen bei den jungen Menschen an. Das muss besser werden! Leverkusen hat gute Jugendhäuser aber wir wollen ein breiteres Angebot.

Auch beim Klimaschutz traut sich Leverkusen schon mehr als andere, z.B, die Leverkusener*innen mit einzubinden

Mit der Ausweisung von mehr Baugebieten mit vorwiegend Einfamilienhäusern kann sich kontraproduktiv in Bezug auf den Klimaschutz, Flächenverbrauch und Verfügbarkeit von bezahlbaren

Wohnraum auswirken, sodass sich das in einigen Jahren als teure Fehlentscheidungen herausstellen könnte. Daher sollte die Zusammenarbeit der Fachgebiete innerhalb der Verwaltung weiter intensiviert werden.

Wir können das Klima sicherlich nicht alleine retten, auch ist der Platz zum Bäume Pflanzen begrenzt. Aber gerade das Augenmerk auf Klimakiller wie Fleischkonsum oder Energieerzeugung zu richten lohnt sich, auf lange Sicht auch Finanziell.

Auch sollten wir in Betracht ziehen in Leverkusen mal einen autofreien Tag abzuhalten, etwa im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche im September 2020 mit kostenlosen Nahverkehr

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit